



Aktenzeichen: Pet 2-19-15-8200-050633

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 05.12.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert.

Begründet wird dies im Wesentlichen mit der Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung von Besserverdienenden an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Zu den Einzelheiten wird auf die Petition verwiesen, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde. Es gingen 241 Mitzeichnungen sowie 56 Diskussionsbeiträge ein.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf Grundlage einer Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss konstatiert zunächst, dass die Beitragszahlungen gesetzlich Krankenversicherter in der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze (BBG) ihre Begrenzung finden. Im Jahr 2021 betrug sie 4.837,50 Euro im Monat beziehungsweise 58.050 Euro im Jahr. Übersteigt das für die Beitragsleistung zu berücksichtigende Einkommen diese Grenze, so sind von dem übersteigenden Betrag keine Beiträge zu zahlen. Diese BBG ändert sich zum 1. Januar eines jeden Jahres in dem Verhältnis, in dem die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im vergangenen Kalenderjahr zu den entsprechenden Bruttolöhnen und -gehältern im vorvergangenen Kalenderjahr stehen.

Dieser Solidarcharakter würde jedoch bei der geforderten vollständigen Aufhebung der BBG überdehnt und insbesondere die Frage aufgeworfen, inwieweit der Wert der in



Anspruch genommenen Leistung dann noch in einem angemessenen Verhältnis zu der Höhe der Beitragsleistung stünde. Eine Erhöhung der BBG würde zwar grundsätzlich zu Mehreinnahmen für die gesetzliche Kranken- und soziale Pflegeversicherung führen, andererseits würde es aber erfahrungsgemäß auch zu einer Abwanderung von bisher freiwillig Versicherten, deren Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze (2021: 64.350 Euro im Jahr/5.362,50 Euro im Monat) liegt, in die private Krankenversicherung kommen, wodurch der gesetzlichen Krankenversicherung wiederum Beitragseinnahmen entgehen würden.

Die aktuell greifenden Ausgleichs- und Verteilungsmechanismen zwischen jungen, gesunden, alleinstehenden und besser verdienenden Versicherten auf der einen Seite und älteren, gesundheitlich beeinträchtigten, geringer verdienenden Versicherten sowie Familien mit Kindern bieten aus der Sicht des Petitionsausschusses – auch unter Berücksichtigung der aus Steuermitteln finanzierten Beteiligung des Bundes an versicherungsfremden Leistungen – eine ausreichende und sachgerechte Lösung der angesprochenen Gerechtigkeitsfragen.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Ausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.